

Eine „unkoordinierte“ und „spontane“ Verleumdungskampagne

Seit Ende Januar/Anfang Februar 2008 läuft eine zweite Verleumdungs- und Diffamierungskampagne gegen meine Person, die von Einzelpersonen und extremistischen Gruppierungen initiiert, in israelischen Tageszeitungen, jüdischen Websites in den USA und Großbritannien sowie auf den Websites „Achse des Guten“ und „honestly concerned“ stattfindet. http://www.watzal.com/f_op.html (s. Aktuelles).

Am 25. März berichtet „Die Tageszeitung“ über diese „Jagd“ und gab eine realistische Prognose ab: <http://www.taz.de/nc/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=in&dig=2008/03/25/a0061&src=GI&cHash=49258c9c9f>

Auch die Tageszeitung „junge welt“ brachte es treffend auf den Punkt: <http://www.jungewelt.de/2008/04-01/055.php>

Eine neue Qualität erreichte diese Kampagne, als sich Ende März führende Vertreter jüdischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und den USA einschalteten. Dass diese Kampagne nicht einfach vom Himmel gefallen ist, zeigt die Ankündigung auf einer obskuren Website, die sich „honestly concerned“ (hc) nennt; sie wird verantwortet von einem selbsternannten „Chefredakteur“. Ein Markenzeichen dieser Seite ist, dass u. a. zu „Protestaktionen“ gegen solche Personen aufgerufen wird, die in Bezug auf Israels Besatzungspolitik eine differenzierte Meinung haben als der Betreiber dieser Seite. Zu den „Gejagten“ gehören u. a. Jörg Bremer, Hans Leyendecker, Rupert Neudeck, Felicia Langer, Manfred Lahnstein, Abraham Melzer, Pfarrer Hans Christoph Stoodt, Micha Brumlik u. a. sowie ich. Zu den Machenschaften, „Jagdtechniken“ und „geistigen“ wie organisatorischen Vernetzungen gibt es eine umfassende Dokumentation, die der Dortmunder Künstler Erhard Arendt seit Jahren über den Betreiber führt:

http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/texte/honestly_concerned.htm

Wie sagte schon am 13. Juni 2004 in einer Mailingliste von Honestly Concerned Silvia G./Bershorn v. Sch. nach der Aktion gegen Pfarrer Stoodt:

„.....Was wir daraus lernen müssen, ist vor allem eines: **So lange es e i n e Protestmail ist, kann man es krachen lassen. In dem Augenblick, wo mehrere mails losgehen, muß das Vorgehen koordiniert werden, sonst geht der Schuß nach hinten los und alle Verschwörungstheoretiker wittern eine konzertierte Aktion.....**“ (Hervorhebung im Original). http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/Honestly_Concerned/honestly_concerned_frankfurt_katharinenkirche.htm

Hans Leyendecker sagte in der Panorama-Sendung „Unter Verdacht – Israelkritiker als Antisemiten?“ vom 5. August 2004 über diesen „Chefredakteur“: Er stelle denunziatorische Berichte auf die Internetseite „honestly concerned“ – „und fordert dann die Leser auf zu protestieren. Kampagnenartig. Andere lässt Stawski auf seiner Seite schimpfen, er selbst ist vorsichtig.“ In der gleichen Sendung sagte der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland, Avi Primor, Bedenkenswertes: „Wenn wir einen Menschen damit belasten und belästigen, dass er Antisemit wäre, wo er nicht antisemitisch ist, wo er nur kritisch ist, dann schießen wir uns ins Knie.“ Ein Musterbeispiel für eine „hc“-Kampagne:

http://www.watzal.com/Vom_politischen_Missbrauch_Gutmeinender.pdf

Die Hetzjagd durch diese Website war schon in vollem Gange, da kündigte „hc“ am 27. März 2008 Folgendes an: **„WEITERE AKTUALISIERTE INFORMATONEN ZUM THEMA "BpB UND DR. WATZAL", INKL. BRIEFEN PROMINENTER PERSÖNLICHKEITEN AN DEN BUNDESINNENMINISTER UND MEHR, HOFFEN WIR IHNEN IN DEN NÄCHSTEN TAGEN ÜBERMITTELN ZU KÖNNEN!“** (Hervorhebung im Original).

Am 10. April 2008 veröffentlichte „hc“ die „Protestschreiben“ an Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble. Die Schreiben wurden am 26. März (Zentralrat der Juden in Deutschland); ebenfalls am 26. März eine Email vom Generalsekretär des Bundesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Österreich, Raimund Fastenbauer, und 27. März (Koordinierungsrat deutscher Nicht-Regierungsorganisationen gegen Antisemitismus zusammen mit Jüdische Gemeinde zu Berlin), selbst Abraham Foxmann, ADL-Präsident in den USA, ließ es sich nicht nehmen, am 2. April ebenfalls eine „Protestmail“ abzusetzen. Kann man bei dieser „unorganisierten“ Empörung noch an einen Zufall glauben? <http://groups.yahoo.com/group/Honestly-Concerned-Mailingliste/message/2230>

In der gleichen Mailingliste kündigte „hc“ an: „Weitere Protestbriefe, i.B. auch von NICHT-JÜDISCHEN "Gruppierungen" mit ähnlichem Kontext sind in Arbeit..." (Hervorhebung im Original).

Hat vielleicht der selbsternannte „Chefredakteur“ die Entwürfe selbst gefertigt? Ein Vergleich aller „Protestschreiben“ zeigt, dass sie so abgestimmt sind, dass keiner der Verfasser gleiche Argumente verwendet. Es gibt keinerlei Überschneidungen oder Doppelungen der „Vorwürfe“! Selbst Foxmann (USA) und Fastenbauer (Österreich) tragen „eigene“ Teilaspekte aus einen zusammengetragenen Bündel von „Vorwürfen“ vor, welche die Stawskis, Broders, christliche Fundamentalisten, antideutsche Extremisten und andere Netzwerk-Aktivisten schon seit Jahren vorgetragen haben, aber deren Wahrheitsgehalt dadurch um keinen Deut zugenommen hat. Auch im Schreiben von Jochen Feilcke (DIG AG Berlin und Potsdam) vom 10. April wird ein weiteres „schlimmes“ Vergehen aus einer Buchbesprechung moniert und Bezug auf die anderen Schreiben genommen. Es gibt auch hier keinerlei Überschneidungen zu den anderen Briefen. Man könnte in Abwandlung von David Ben-Gurions berühmten Ausspruch diese Vorgänge wie folgt kommentieren: Wer nicht an „Zufälle“ glaubt, ist kein Realist! Übrigens, bei den darin geäußerten „Vorwürfen“ handelt es sich um „alte Hüte“, die behördlicherseits seit Jahren geklärt und ausgeräumt sind.

Auch eine Organisation, die sich „Scholars for Peace in the Middle East“ nennt, wird sich laut Vorankündigung von „hc“ demnächst an den Bundesinnenminister mit „Protestschreiben“ wenden. Im Internet ist sie als „zionistische Vorfeldorganisation“ bezeichnet worden. => WEITERE AKTUALISIERTE INFORMATONEN ZUM THEMA "BpB UND DR. WATZAL", INKL. WEITEREN BRIEFEN PROMINENTER ORAGANISATIONEN UND PERSÖNLICHKEITEN (i.B. AUCH VON NICHT-JÜDISCHER SEITE) AN DEN BUNDESINNENMINISTER UND MEHR, HOFFEN WIR IHNEN IN DEN NÄCHSTEN TAGEN ÜBERMITTELN ZU KÖNNEN! U.A. AUCH VOM DEUTSCHEN CHAPTER VON



<http://honestlyconcerned.info/bin/articles.cgi?ID=PR18008&Category=pr&Subcategory=16>

Bisher hat „hc“ keines dieser „Protestschreiben“ veröffentlicht. Hat der „Chefredakteur“ eventuell aus der Vorabveröffentlichung der anderen „Protestschreiben“ gelernt?

Stellt es nicht eine Desavouierung des Bundesinnenministers dar, dass Organisationen, die persönliche „Beschwerdeschreiben“ über einen Angestellten des Bundes an ihn richten, diese unmittelbar nach ihrer Versendung zur Veröffentlichung einer obskuren Website zur Verfügung stellen? Warum haben Sie Ihre „Protestschreiben“ nicht auf ihren eigenen Websites veröffentlicht?

Der Berliner „Tagesspiegel“ stieg am 5. April in diese Kampagne ein. <http://www.tagesspiegel.de/politik/div/Anitsemismus;art771,2507211>

Interessant wäre zu erfahren, wer Herrn Frank Jansen in Marsch gesetzt hat? Wer ihn informiert oder wer ihm die Schreiben möglicherweise gesteckt hat? Die „Vorwürfe“, die darin erhoben werden,

beruhen auf Kollagen, die einen Inhalt suggerieren sollen, den es so in den fraglichen Texten nicht gibt. So sei Israel für Watzal eine „wild gewordene Kolonialmacht“, die eine „ethnische Säuberung“ an den Palästinensern vollziehe, wird Kramer im „Tagesspiegel“ zitiert. Diese Behauptung von Stephan J. Kramer, Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland (ZJD), steht so nicht in dem Text. Eine solche Kausalität gibt es in keiner meiner zahlreichen Veröffentlichungen. Einen Tag nach der Tagesspiegel-Veröffentlichung erhielt ich folgende Morddrohung:

http://www.watzal.com/Absender_gesucht.pdf

Am 10. April steigt, wenn wundert es, „Die Welt“ mit einem Artikel von Richard Herzinger ein: http://www.welt.de/politik/article1885758/Mitarbeiter_schreibt_israelfeindliche_Texte.html Herzinger wiederholt im Wesentlichen den Inhalt des Tagesspiegel-Beitrages mit der einzigen Neuigkeit, dass sich die Vorsitzende der Jusos, der Jugendorganisation der SPD, vertreten durch Frau Franziska Drohsel, geäußert hat. Jetzt war endlich eine „nicht-jüdische“ Kritikerin gefunden, die von „honestly concerned“ angekündigt worden ist. Drohsel wolle dem Eindruck entgegenwirken, dass die Kritik an mir „ausschließlich von jüdischer Seite vertreten wird“, so ihre Begründung in der „Welt“. Die Kompetenz dieser wissenschaftlichen Mitarbeiterin an einem juristischen Lehrstuhl an der Humboldt-Universität zu Berlin ist in Frage zu stellen, wenn sie behauptet, Watzal würde in einem Artikel von einer „ethnischen Säuberung“ Israels gegen die Palästinenser sprechen. Dies ist natürlich falsch. In der Regel redet eine Juristin erst, wenn sie den Sachverhalt gründlich geprüft hat, bei einer „Polit-Juristin“ wie Drohsel scheint es sich umgekehrt zu verhalten. Ihr „Engagement“ wird verständlich, wenn man im folgenden Beitrag den Absatz „Eine rote Helferin“ liest. Ihre Nähe zu den vom Verfassungsschutz beobachteten antideutschen Extremisten scheint nahe liegend.

<http://www.redaktion-bahamas.org/auswahl/web54-1.htm>

Auch Jochen Feilcke, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Arbeitsgemeinschaft Berlin und Potsdam und ehemaliger CDU-MdB, schrieb an Bundesinnenminister Dr. Schäuble. Sein Brief wurde ebenfalls auf der Website von „honestly concerned“ veröffentlicht:

<http://groups.yahoo.com/group/Honestly-Concerned-Mailingliste/message/2237>

Erstmals in ihrer Geschichte hat sich eine Untergliederung der DIG öffentlich an einer Hetzkampagne gegen einen Andersdenkenden beteiligt. Der Inhalt seines Schreibens ist einer Auseinandersetzung nicht wert; er ist schlichtweg degoutant. Feilcke ist einer von mehreren Vizepräsidenten im Bundesverband der DIG. Teilt Präsident Dr. h. c. Johannes Gerster die Meinung dieses Stellvertreters? Ein Brief an ihn vom 1. Mai 2008 harret der Beantwortung.

Auch Springers „Berliner Morgenpost“ darf im Reigen der „kritischen“ Berichterstattung nicht fehlen:

<http://www.morgenpost.de/content/2008/04/11/politik/956545.html>

Eher zurückhaltend hat sich die Wochenzeitung „Jüdische Allgemeine“ verhalten. Ihr Redakteur iw (Ingo Way?) schrieb unter „Fordern“ vom 10. April 2008 nur das ab, was andere bereits veröffentlicht hatten.

Stellvertretend will ich mich nur mit dem Schreiben des Generalsekretärs des Zentralrates der Juden in Deutschland (ZJD), Stephan J. Kramer, an Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble auseinandersetzen. Darin behauptet Kramer Dinge, die in diesem Kontext nicht existieren. Beim folgenden „Hauptvorwurf“ handelt sich um Satzketten, die aus dem Zusammenhang gerissen und zusammengebastelt worden sind, um einen Eindruck zu erwecken, für den es in beiden Beiträgen keine Grundlage gibt. So behauptet Kramer in seinem Brief:

„Israel ist für Watzal eine ´wild gewordene Kolonialmacht`, die eine ´ethnische Säuberung` an den Palästinensern vollzieht – einem ´Dritte-Welt-Volk, das um seine Selbstbestimmung und Freiheit kämpft` - und dabei schlimmer vorgehe als Südafrika während der Apartheid. Vom palästinensischen Terror schreibt er grundsätzlich nur in Anführungszeichen, denn er zieht es

vor, in ihm den Ausdruck eines 'legitimen Widerstandsrechtes' zu sehen. Den Oslo-Prozess bezeichnet Dr. Watzal als 'palästinensisches Versailles' und die Camp-David-Verhandlungen 2000 als Versuch eines amerikanisch-israelischen 'Diktatfriedens'.

Kramer bezieht sich auf Artikel aus den Jahren 2000 und 2003 (Zeitschrift für Friedenspolitik, Nr. 6/2000, und Zeitschrift „Intifada“ vom Januar 2003). Wo war all die Jahre der hypersensible Seismograph des Zentralrates? Hat er erst im Rahmen dieser gesteuerten Verleumdungs- und Diffamierungskampagne angefangen, auszuschlagen? Die von Kramer behaupteten Zusammenhänge stehen jedenfalls so nicht in den Artikeln.

Folgendes habe ich zur „wild gewordenen Kolonialmacht“ geschrieben:

Im Angesicht der massiven Zerstörungen und dem Vandalismus im Jahre 2002 in den besetzten Gebieten durch die israelische Armee, über den die USA schwiegen, habe ich u. a. geschrieben: „Seit diesem Zeitpunkt verhält sich Israel wie eine wild gewordene Kolonialmacht, deren Politik und 'Ansprüche' auf die besetzten Gebiete immer weniger verstanden werden. Eine regionale Supermacht führt einen Krieg gegen ein Dritte-Welt-Volk, das um seine Selbstbestimmung und Freiheit kämpft.“ Einen kausalen Nexus zu „ethnischer Säuberung“ gibt es nicht.

Folgendes zu „Südafrika“:

Zu Südafrika schrieb ich: Der Westen und die USA tun aus historischen Gründen nichts oder wenig gegen die Strangulierung eines kolonisierten Volkes. Es werde zu Beginn des 21. Jahrhunderts seiner Rechte beraubt, worüber die Weltöffentlichkeit schweigt, dies sei der wirkliche Skandal. „Dabei bietet sich der Vergleich mit Südafrika geradezu an. Das weiße Rassistensregime in Südafrika hätte es niemals gewagt, F-16 Kampfbomber, Apache-Kampfhubschrauber und Panzer sowie anderes schweres militärisches Gerät 'Made in USA' and 'payed by the US' gegen vermeintliche Terroristen und Zivilisten einzusetzen.“

Zur „ethnischen Säuberung“ schrieb ich in dem 2002 entstandenen Artikel Folgendes:

„Seit Monaten wird in Israel und selbst im Parlament, der Knesset, offen über einen Transfer der Palästinenser, sprich Vertreibung oder ethnische Säuberung, im Rahmen eines Krieges gegen den Irak diskutiert. Der Transfer-Gedanke ist der zionistischen Bewegung von Beginn an inhärent gewesen.“
(...) Schon 1989 hat Benjamin Netanyahu vor Studenten der Bar-Ilan-Universität erklärt: „Israel hätte die Unterdrückung der Demonstrationen in China ausnützen sollen, als die Aufmerksamkeit der Welt auf dieses Land gerichtet war, um Massenausweisungen von Arabern aus den Gebieten durchzuführen.“ In der 2002 geführten innerisraelischen Debatte um einen möglichen Transfer der Palästinenser im Rahmen eines Krieges gegen den Irak, äußerten sich 125 israelische Intellektuelle in einem Aufruf, dass Israel im „Nebel“ eines Krieges „weitere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, bis zur vollständigen ethnischen Säuberung“ begehen könnte. Auch Meron Benvenisti, den ich ausführlich zitiert habe, schrieb am 15. August 2002 in Haaretz u. a.: „... Dann verwirklicht Israel die alte 'Jordanien.Option', indem es Hunderttausende von Palästinensern über den Jordan vertreibt ... Jeder, der eine solche ethnische Säuberung als ein schreckliches Verbrechen betrachtet, muss seine Stimme jetzt erheben, ohne irgendein 'Wenn und Aber' ...“.

Zum palästinensischen Terrorismus behauptet Herr Kramer „schreibt er grundsätzlich nur in Anführungszeichen“:

Auch dies ist nicht korrekt. Ich habe den Begriff „Terrorismus“, „internationalen Terrorismus“ oder „palästinensischen Terrorismus“ immer dann in Anführungszeichen gesetzt, wenn ich die Termini in

Bezug auf Behauptungen anderer, wie z. B. der USA, Israels, der Internationalen Staatengemeinschaft oder der Öffentlichen Meinung bezogen, verwendet habe. In dem besagten Text steht diese Begrifflichkeit natürlich immer ohne Anführungszeichen, wenn ich die Termini verwendet habe!

Indem ich in dem Artikel vom Januar 2003 den palästinensischen Terror, insbesondere die Selbstmordattentate als unmoralisch verurteilt habe, betone ich, dass es nicht hinreichend sei, „nur über palästinensischen Terrorismus zu sprechen und die Besatzung zu ignorieren. Beide sind keine Zwillingsbrüder, sondern Terrorismus ist der illegitime Abkömmling der Besatzung. Das heißt die Ursache des palästinensischen Terrorismus ist nicht die Gewalt und der Terror der Palästinenser, sondern die brutale israelische Okkupation. Über deren Beendigung muss primär verhandelt werden, weil dann die Grundlage für die palästinensische Gegenwehr entfallen würde. Es gibt nach Völkerrecht eine Grundlage für Besatzung, aber für eine kurze, begrenzte Zeit und nicht für 35 Jahre; ebenfalls gibt es das Widerstandsrecht – und darum handelt es sich beim ‚palästinensischen Terrorismus‘, aber nicht gegen unschuldige Personen. Beide Sachverhalte sind mörderisch: Unschuldige Israelis werden Opfer des Terrors; unschuldige Palästinenser werden zu Opfern der Besatzung.“ Dass es ein Recht auf Widerstand nach Völkerrecht gibt, ist unstrittig.

Zum „palästinensischen Versailles“ – der Terminus stammt von Edward Said und steht deshalb im Text in Anführungszeichen – behauptet Herr Kramer: „Den Oslo-Prozess bezeichnet Dr. Watzal als ‚palästinensisches Versailles‘“. Dagegen schreibe ich: "Nicht Arafat ist kein ‚Partner in Peace‘ wie Barak meinte, sondern Barak selbst und Bill Clinton. Denn wer Arafat ein ‚palästinensisches Versailles‘ diktieren will, taugt nicht zum Friedenspolitiker."

Selbst die letzte Behauptung Kramers ist nur fast korrekt, dass er (Watzal) „die Camp-David-Verhandlungen 2000 als Versuch eines amerikanisch-israelischen ‚Diktatfriedens‘“ bezeichnet habe. Das Original: „Ein Diktatfriede, wie ihn Clinton und Barak in Camp David durchzusetzen versuchten, kann nicht funktionieren. Was Arafat in den Bergen von Maryland von den israelischen und US-amerikanischen Diplomaten angeboten wurde, kann nur als Provokation bezeichnet werden. Hätte Arafat dieses Dokument unterzeichnet, wäre er von der politischen Bühne gefegt worden.“ Dieses „großzügigste Angebot“ Israels in Camp David wurde aber von der Barak-Regierung in den anschließenden Taba-Verhandlungen noch weit übertroffen!

Übrigens für diejenigen, denen die Usancen einer Redaktion nicht bekannt sind: Die Überschriften werden von der Redaktion gemacht. Deshalb fehlen im Titel auch die Ein- und Ausführungszeichen, die im Text vorhanden sind. <http://www.efriz.ch/cgi/sfc.pl?a=/sys/htm/menu.html&b=/archiv/006/a-2.html>

Zur Genese einer „aktuellen“, aber vierjährigen alten Kampagne gegen mich: http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/Honestly_Concerned/honestly_concerned_ludwig_watzal_dokumentation-2008.htm

Ludwig Watzal